

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:455980-2017:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Altenburg: Kommunikationsinfrastruktur
2017/S 219-455980**

Konzessionsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/23/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Landkreis Altenburger Land
Lindeastr. 9
Altenburg
04600
Deutschland
Kontaktstelle(n): Frau Landrätin Michaela Sojka
E-Mail: BreitbandprojektALost@de.pwc.com
NUTS-Code: DEG0M
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.altenburgerland.de

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: http://www.altenburgerland.de/sixcms/detail.php?id=335602_lang=de
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
PricewaterhouseCoopers Legal AG Rechtsanwaltsgesellschaft
Alsterufer 1
Hamburg
20354
Deutschland
Kontaktstelle(n): Dr. Bernhardine Kleinhenz-Jeannot
E-Mail: BreitbandprojektALost@de.pwc.com
NUTS-Code: DE600
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.pwclegal.de
Bewerbungen oder gegebenenfalls Angebote sind einzureichen an folgende Anschrift:
PricewaterhouseCoopers Legal AG Rechtsanwaltsgesellschaft
Alsterufer 1
Hamburg
20354
Deutschland
Kontaktstelle(n): Dr. Bernhardine Kleinhenz-Jeannot
E-Mail: BreitbandprojektALost@de.pwc.com
NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.pwclegal.de

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Ausbau und Betrieb eines flächendeckenden Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetzes im Projektgebiet Kooperationsgemeinschaft Altenburg Ost.

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

32571000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Der Landkreis Altenburger Land plant zur Versorgung von Bürger, Schulen und Gewerbetreibenden im Projektgebiet Kooperationsgemeinschaft Altenburg Ost mit einem Telekommunikationsunternehmen im Rahmen des Förderverfahrens eine Zuwendungsvereinbarung zu schließen. Gegenstand dieses Vergabeverfahrens sind Bau und Betrieb eines flächendeckenden Hochgeschwindigkeit-Breitbandnetzes (Versorgung mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s je Anschluss; mindestens 20 % aller Anschlüsse sollen mit 100 Mbit/s oder mehr versorgt werden; es werden auch Gigabit-Anschlüsse (symmetrisch) benötigt). Es handelt sich um ein von Bund und Landgefördertes Breitbandprojekt im sog. Wirtschaftlichkeitslückenmodell. Einzelheiten sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Diese Bekanntmachung betrifft das Vergabeverfahren im Projektgebiet Kooperationsgemeinschaft Altenburg Ost. Es wird parallel ein Vergabeverfahren bezüglich eines weiteren Projektgebietes durchgeführt und mit separater Bekanntmachung veröffentlicht.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEG0M

Hauptort der Ausführung:

Haselbach, Treben, Fockendorf, Gerstenberg, Windischleuba, Altenburg, Nobitz, Langenleuba-Niederhain, Jückelberg, Frohnsdorf, Göpfersdorf, Ziegelheim, Gößnitz und Ponitz.

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Ca. 151 km Tiefbau, ca. 830 km Leerrohre, ca. 775 km Übertragungswege und ca. 3 400 Übergabepunkte.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die Konzession wird vergeben auf der Grundlage der Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit der Konzession**

Laufzeit in Monaten: 84

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Alle Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:
Zum Nachweis der Befähigung zur Berufsausübung ist erforderlich:

— Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bewerber ansässig ist (nicht älter als 6 Monate; in nicht beglaubigter Kopie)

Zudem sind folgende Erklärungen zur Darstellung des Bewerbers und Überprüfung seiner Eignung erforderlich:

— Angaben zum Einzelbewerber (Vordruck 1) oder im Falle einer Bergewergemeinschaft Angaben zur Bergewergemeinschaft (Vordrucke 2, 2a-b) und Bergewergemeinschaftserklärung (Vordruck 2c),

— Im Falle der Eignungsleihe: Angaben über das/die Unternehmen, auf dessen Eignung sich berufen werden soll sowie über den entsprechenden Teil der Leistungsfähigkeit (Vordruck 3) und Verpflichtungserklärung des eignungsleihenden Unternehmens (Vordruck 3a),

— Im Falle des beabsichtigten Einsatzes von Unterauftragnehmern: Angaben zu dem/den Unterauftragnehmer/n (Vordruck 4); Vorlage mit dem Teilnahmeantrag nicht zwingend, Einreichung mit dem Angebot ausreichend,

— Unternehmensdarstellung (Vordruck 5),

— Erklärung über Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Vordruck 6a) oder alternativ Vordruck zur Angabe von Selbstreinigungmaßnahmen (Vordruck 6b) für den Bewerber und – soweit zutreffend – jedes Mitglied der Bergewergemeinschaft und jedes Eignungsleihe-Unternehmen,

— Nachweis der Meldebestätigung nach § 6 TKG,

— Nachweis der Genehmigung gem. §§ 68, 69 TKG bzw. Eigenerklärung, dass der geforderte Nachweis zur Angebotsabgabe erbracht wird (Vordruck 7),

— Eigenerklärung bzgl. Infrastrukturatlas (Vordruck 8).

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

— Angabe über den Gesamtumsatz (Brutto) je Jahr des Bewerbers bezogen auf die letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre sowie des leistungsspezifischen Umsatzes je Jahr mit vergleichbaren Leistungen (d.h. der Umsatz, welcher Leistungen betrifft, die mit den zu erbringenden Leistungen in diesem Verfahren vergleichbar sind) (Vordruck 9),

— Unternehmensbilanzen der letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre,

— Nachweis einer aktuell bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden (in nicht beglaubigter Kopie).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

— Der Durchschnittswert des Gesamtumsatzes (Brutto) und der Durchschnittswert des Umsatzes (Brutto) mit vergleichbaren Leistungen des Bewerbers muss jeweils mindestens 10 000 000 EUR betragen.

— Die Haftpflichtdeckungshöhe muss mindestens jeweils 3 000 000 EUR für Personen- und Sachschäden sowie mindestens 1 500 000 EUR Vermögensschäden je Versicherungsjahr zweifach maximiert betragen.

Falls eine Versicherung mit diesen Deckungshöhen derzeit nicht besteht, genügt die Vorlage von einer unterschriebenen schriftlichen Eigenerklärung des Bewerbers, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende Versicherung auf erstes Anfordern des jeweiligen Auftraggebers abzuschließen und die Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigte Kopie), dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung mit dem Versicherungsnehmer/Bewerber bereit ist.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

— Nennung von Referenzprojekten, die nicht vor mehr als 3 Jahren abgeschlossen wurden (Projektabschluss 4.Quartal 2014 oder später) oder die aktuell noch laufen (Vordruck 11),

— Darstellung des voraussichtlichen Projektteams (mind. Projektleitung, stellvertretende Projektleitung, kaufmännischer Projektbegleiter und technischer Projektbegleiter) und deren jeweilige berufliche Befähigung (Studium oder Ausbildung) mit entsprechendem Fachkundenachweis (Darstellung der beruflichen Erfahrung / betreute Projekte), um den technischen Ausbau und den Betrieb des Breitbandnetzes in der geplanten Zeitdurchzuführen (Vordruck 12),

— Beschreibung der technischen Ausstattung und der Maßnahmen zur Qualitätssicherung,

— Angaben zu gegenwärtig sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern (Vordruck 13).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Es sind mindestens 3 Referenzen zu nennen; es muss sich um Projekte zum Netzausbau und Betrieb einer Breitbandinfrastruktur für die Internetversorgung von Endnutzern mit mindestens 30 Kundenanschlüssen handeln; die Projekte sollten möglichst den Umfang der oben getätigten Angaben für Tiefbau, Leerrohre, Übertragungswege und Adressen haben.

— Als Projektteam müssen mindestens die Projektleitung, stellvertretende Projektleitung, kaufmännischer Projektbegleiter und technischer Projektbegleiter benannt werden, die ihre berufliche Befähigung und Fachkunde durch ein Studium oder eine Ausbildung sowie beruflicher Erfahrung belegen können.

— Es müssen mindestens 50 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigt sein. Hierbei werden die Arbeitnehmer je nach Tätigkeitsbereich gewichtet berücksichtigt (Leitender Bereich = 35 %, Technischer Bereich = 50 %, Kaufmännischer Bereich = 15 %). Es wird auf die Matrix zur Auswahl der geeigneten Bewerber in Kapitel K im Verfahrensbrief Nr. 1 verwiesen.

III.1.5) **Angaben über vorbehaltene Konzessionen**

III.2) **Bedingungen für die Konzession**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Konzessionsausführung:**

Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft hat eine Eigenerklärung darüber abzugeben, dass er die geltenden fördermittel- und zuwendungsrechtlichen Bestimmungen während der gesamten Konzessionslaufzeit einhalten wird (Vordruck 10).

III.2.3) **Angaben zu den für die Ausführung der Konzession verantwortlichen Mitarbeitern**

Pflicht zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Mitarbeiter, die für die Ausführung der betreffenden Konzession eingesetzt werden

Abschnitt IV: Verfahren

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für die Einreichung der Bewerbungen oder den Eingang der Angebote

Tag: 13/12/2017

Ortszeit: 12:00

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

1.) Die Teilnahmeanträge sind postalisch einzureichen. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Verfahrensbedingungen und sonstigen Vergabeunterlagen verwiesen.

2.) Rückfragen können bis zum 4.12.2017, 12:00 Uhr per E-Mail an die oben genannte Kontaktstelle eingereicht werden. Diese werden im Rahmen eines anonymisierten Fragen-Antworten-Katalogs bis voraussichtlich zum 6.12.2017 beantwortet, welcher auf der o. a. Internetseite, auf welcher die Vergabeunterlagen eingestellt sind, zum Download zur Verfügung gestellt werden wird. Diese Informationen sind zwingend bei der Angebotserstellung zu berücksichtigen.

Wichtiger Hinweis: Es obliegt allein den Interessenten sich fortwährend über ggf. zusätzliche Informationen oder Änderungen in den Vergabeunterlagen zu informieren, welche auf o. g. Internetadresse zur Verfügung gestellt werden!

3.) Hinweis zum Verfahrensablauf/Reduktion des Bewerberkreises: Sollte die Prüfung der Teilnahmeanträge ergeben, dass mehr als drei (3) Bewerber die Anforderungen an die Eignung erfüllen, wird der Auftraggeber diejenigen Bewerber auswählen, die die Eignungsvoraussetzungen am besten erfüllen. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Vergabeunterlagen verwiesen.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer des Freistaates Thüringen beim Thüringer Landesverwaltungsamt

Weimarplatz 4

Weimar

99403

Deutschland

Telefon: +49 361573321254

E-Mail: vergabekammer@tlvwa.thueringen.de

Fax: +49 361573321059

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabeunterlagen, insbesondere diese Verfahrens-/Bewerbungsbedingungen, die Vordrucke sowie die Bekanntmachung müssen nach Erhalt/Download durch die interessierten Unternehmen auf Vollständigkeit und

Lesbarkeit geprüft werden. Enthalten die Bekanntmachung, die Vergabeunterlagen oder die den Interessenten/Bewerbern/Bietern mitgeteilten, übergebenen und zugänglich gemachten Unterlagen odersonstigen Informationen Unklarheiten oder verstoßen diese gegen geltendes Recht, so weist der Interessent/Bewerber/Bieter die Vergabestelle unverzüglich – spätestens jedoch mit der Abgabe des Teilnahmeantrages – schriftlich darauf hin. Anderenfalls kann er sich auf die Unklarheiten oder die Rechtsverstöße nicht berufen. Nicht aufgeklärte Unklarheiten hat der Bieter als von ihm zu tragende Risiken in sein Angebot einzukalkulieren. Etwaige Verfahrensrügen sind eindeutig als solche zu kennzeichnen. Auf die Rügepflichten des Interessenten/Bewerbers/Bieters nach § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen. Außerdem weist die Vergabestelle ausdrücklich auf die Rechtsbehelfsfrist des § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB hin. Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

§ 160 GWB lautet:

„(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt.

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.“

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

10/11/2017